

LESERBRIEFE

Positives Ende

(Zum Steuerstreit mit Deutschland)

Nach langen Verhandlungen mit Deutschland kam es in den letzten Tagen endlich zum Durchbruch. In Zukunft werden die Vermögen aus Deutschland, welche auf Schweizer Konten liegen, mit einem Steuersatz von 26,375 Prozent besteuert. Dies entspricht dem in Deutschland geltenden Abgeltungssteuersatz. Die Abgeltungssteuer ist eine Quellensteuer, mit welcher die Steuerpflicht gegenüber dem Wohnsitzstaat erfüllt ist.

Im Steuerstreit mit Deutschland konnte eine für die Schweiz gute Lösung gefunden werden. Für die Schweiz ergeben sie verschiedene wichtige Vorteile. Zum einen wirkt sich das Abkommen positiv auf die Reputation des Schweizer Finanzplatzes aus. Unser Finanzplatz erhält nun wieder ein solides Fundament. Zudem profitieren die Schweizer Finanzinstitute vom erweiterten Marktzugang im Ausland. Des Weiteren ist das Abkommen ein klares Signal gegen einen automatischen Informationsaustausch. Davon profitiert letztlich auch Deutschland, denn das Land erhält die ihm zustehenden Steuergelder ohne eigenen Erhebungsaufwand. Das Nein zum automatischen Informationsaustausch dürfte für zukünftige Verhandlungen mit anderen Ländern wichtig sein.

Das Abkommen soll Anfang 2013 in Kraft treten. Bis dann muss es den Parlamenten in der Schweiz und in Deutschland unterbreitet werden. Für die Schweiz und den Finanzplatz ist dieses erste Abkommen ein erster, bedeutender Schritt in die richtige Richtung. Die Verhandlungen mit anderen Staaten sollten möglichst bald beginnen, sodass der Schweizer Finanzplatz bald wieder seinen verdienten guten Ruf erhält. Dies nutzt nicht nur der Schweizer Wirtschaft, sondern dem Land als Ganzes.

Bettina Thalmann, Wilen

Brot im Abfall

(Zur Verschwendung von Lebensmitteln)

Gibt es wohl jemand, der noch nie Esswaren ent«sorgt» hat? Bisher hatte man keine genauen Zahlen dazu, doch ein Blick in unsere Mülltonnen liess schon lange nichts Gutes ahnen. Oder Erfahrungen, wie kürzlich in einem Selbstbedienungsrestaurant, wo uns das Essen im Halse stecken blieb, weil wir als letzte Gäste zusehen mussten, wie kiloweise frische Speisen in grossen Kübeln landeten, inklusive des meterlangen und fein duftenden Dessertbuffets. Die Welternährungsorganisation FAO legt nun erstmals genaue Zahlen auf unseren reichlich gedeckten Esstisch: Etwa ein Drittel (!) aller Lebensmittel der Industrienationen landet im Abfall, pro Person jährlich 300 Kilo! Sehr viele davon ungeöffnet. «Gib uns heute unser tägliches Brot.» Ein Vergleich dazu: Afrika produziert in einem Jahr gleich viele Lebensmittel, wie wir Reichen wegwerfen. Allein in Deutschland landen Esswaren im Wert von 25 Mrd. Euro im Müll. Pro Jahr. Ertragen Sie die TV-Bilder der sterbenden Kinder in Afrika noch? Auch in Haiti, dem bereits furchtbar geprüften Land, steht wieder eine Hungersnot vor der Tür. Und gleichzeitig wird ein einsamer Rufer in der Schweizer Wüste, Jean Ziegler, der ungeschminkt darüber berichtet und Anklage erhebt, deswegen mit millionenteuren Prozessen von grossen Konzernen eingedeckt. Ich gebe die Hoffnung nicht auf – wenn wir Alten das nicht schaffen –, dass ein Teil der jungen Generation dieses Problem ernsthaft anpacken will und ihr Gewissen nicht mit Almosen beruhigen mag. Andernfalls könnten wir diese Rechnung bald einmal präsentiert bekommen: «Und vergib uns unsere Schuld?»

Armand Pirovino-Honegger, Wangen



# 13 neue Wohnungen im «Chriesigarten»

Seit vier Jahren wurde sie geplant und aufgrund einer Konzeptänderung ein zweites Mal öffentlich aufgelegt. Gestern fiel der Startschuss zur Überbauung «Chriesigarten» in Steinen – zwischen der Rábengasse und der Schwyzerstrasse gelegen. Die zwei Häuser beinhalten 13 Wohnungen, ergänzt durch eine zweistöckige Tiefgarage. Zu einem späteren Zeitpunkt werden nochmals drei Mehrfamilienhäuser hinzukommen. Den Spatenstich durch von (von links): Edi Tonazzi (Baufirma Käppeli), Fritz Zenklusen (Verkauf und Beratung), Carl Weber und Silvia Zumbühl (Baufirma Bolfig AG), Bruno Achermann (Architekt und Vertreter der Bauherrschaft) sowie Gemeindepräsident Alois Schibig.

Bild Franz Steinegger

# Seuchenbeiträge: Nur Staat soll zahlen

**Die kantonsrätliche Kommission für die Vorberatung der Veterinärverordnung hat unter dem Vorsitz von Kantonsrat Beat Keller, Altendorf, die Vorlage zur Totalrevision der kantonalen Veterinärverordnung mit einigen bedeutenden Änderungen an den Kantonsrat überwiesen.**

*Kanton.* – Die Veterinärgesetzgebung des Bundes wird heute fast ausschliesslich vom Kantonstierarzt bzw. vom Laboratorium der Urkantone vollzogen. Das betrifft vor allem die Tierseuchen- und Tierschutzgesetzgebung sowie bestimmte Bereiche aus der Lebensmittel- und Heilmittelgesetzgebung. Die vom Regierungsrat vorgelegte neue Veterinärverordnung

fasst in einem einzigen Erlass alle Regelungsbereiche zusammen, die dem Kanton obliegen.

Die zuständige kantonsrätliche Kommission unter dem Vorsitz von Kantonsrat Beat Keller, Altendorf, hat die Vorlage vorberaten. Aus den Änderungsanträgen der Kommission sticht die Streichung der Tierhalterbeiträge für die Bekämpfung von Tierseuchen am stärksten hervor. Die Kommissionsmehrheit ist der Auffassung, der internationale Tier- und Warenverkehr sowie die veränderten klimatischen Bedingungen stelle ein grosses Gefahrenpotenzial für die Nutztiere dar. Die Gesellschaft sei verantwortlich für die Einschleppung neuer oder bei uns bereits ausgetreteter Krankheiten. Es sei deshalb gerechtfertigt, dass ausschliesslich die öffentliche Hand die Tierseuchenbekämpfung finanziere. Eine Kommissionsminderheit ist für die regierungsrätliche Fassung.

Die Kommissionsmehrheit ist für die regierungsrätliche Fassung.

**Bewilligungspflicht**

Tierärzte oder Besamungstechniker brauchen für die Ausübung ihres Berufes eine Bewilligung des Kantonstierarztes. Entgegen der Vorlage des Regierungsrates spricht sich eine Kommissionsmehrheit dagegen aus, zusätzlich eine kantonale Meldepflicht für weitere Tiergesundheitsbefürsorge vorzusehen. Verschiedene Tätigkeiten sollen bewilligungs- und meldefrei ausgeführt werden können. Verantwortung und Risiko des Einsatzes solcher Personen liegen damit ausschliesslich beim Tierhalter.

**Skepsis gegen Zweckverbände**

Nach Meinung der Kommissionsmehrheit sollen Kanton, Bezirk und Gemeinden zur Erbringung der Leis-

tungen im Veterinärbereich keine Zweckverbände gründen können. Die nötigen Aufgaben könnten mit den bestehenden Strukturen erfüllt werden. Eine Kommissionsminderheit ist für die regierungsrätliche Fassung. Die Kommissionsmehrheit ist auch dagegen, dass der Kantonstierarzt im koordinierten Bewilligungsverfahren zu landwirtschaftlichen Bauten eine Stellungnahme aus Sicht des Tierschutzes abgibt. Die Einhaltung der Vorschriften werde im Rahmen der periodischen Kontrolle und der Erteilung von Beiträgen überprüft. Eine Stellungnahme verursache lediglich Mehrkosten. Zudem würden die Tierhalter ihre Rechte und Pflichten kennen. In Ergänzung zur Regierungsvorlage will die Kommission zudem, dass Kontrollen grundsätzlich in Anwesenheit des Tierhalters zu erfolgen haben. (KR/i)

LESERBRIEFE

SVP für Doppelbürgerrecht?

(Zum Artikel «SVP mit Kandidaten aus Südafrika»)

Der Zeitungsartikel «SVP mit Kandidaten aus Südafrika» hat mich gewaltig irritiert. Da stehen zwei Doppelbürger aus Südafrika (sie haben bei der Einbürgerung den Schweizer Pass behalten) neben einem SVP-Plakat «Masseneinbürgerung stoppen». Zwei Menschen, die vor mehr als 20 beziehungsweise 40 Jahren aus irgendwelchen, wahrscheinlich wirtschaftlichen Gründen als Ausländer in Südafrika einwanderten, wollen in den Nationalrat nach Bern. Auch in unser Land sind in den letzten 20 bis 40 Jahren viele ausländische Menschen eingewandert: aus Portugal, aus Kosovo, aus Afrika. Einige haben sich in der Zwischenzeit bei uns eingebürgert. Wie würde die SVP wohl reagieren, wenn

ein Eingewanderter und Eingebürgerter aus Kosovo für das kosovarische Parlament kandidieren würde? Ausgerechnet eingebürgerte Ausländer in Südafrika unterstützen den Kampf gegen Einwanderung und Einbürgerung von Ausländern in der Schweiz – was für eine Doppelmoral.

Romy Lalli-Beeler, Kantonsrätin SP, Brunnen

Angemessene Sexualerziehung

(Zur Sexualkunde an der Schule)

Von mir aus können Ernie und Bert aus der TV-Kinderserie «Sesamstrasse» heiraten, wie dies bereits über 7000 Personen auf «change.org» fordern. Was mich aber seit den Leserbriefen von Herrn Grether und Frau Keller und wegen meiner beruflichen Tätigkeit und unserer Kinder beschäf-

tigt, ist die Frage, ob und gegebenenfalls inwieweit die Schule Kinder sexuell aufzuklären hat. Tatsache ist, dass Sexualtäter aufgrund erfolgreicher sexueller Aufklärung in der Schule überführt werden konnten. Aus diesem Grund ist Sexualkunde an der Schule grundsätzlich zu befürworten. Es fragt sich aber, wann hat diese zu beginnen und vor allem was ist den Kindern zu vermitteln. Ein Blick in gewisses Aufklärungsmaterial stimmt bedenklich. Ist es Sache der Schule, ohne Wenn und Aber den Kindern konkrete Zeichnungen vorzulegen, die zeigen, wie gleichgeschlechtlicher Sex zu praktizieren ist unter dem Titel «Wie geht Sex von Frau mit Frau? Wie geht Sex von Mann mit Mann?»? Müssen Kinder Sätze lesen wie «Es ist ok, lesbisch oder schwul zu sein.»? Für mich als liberal denkende Person ist es in der Tat ok, wenn sich zwei gleichgeschlechtliche Personen lieben. Nicht ok ist es aber, wenn solche Bilder oder Sätze in der Schule gezeigt

beziehungsweise ohne Fragezeichen vermittelt werden. Die Aufklärung ist in diesem Bereich einzig und allein Sache der Eltern. Toleranz muss auch gegenüber Eltern gelten, die nicht wollen, dass ihren Kindern eine verordnete Einheitsmeinung vorgesetzt wird.

In unserem Kanton gibt es offensichtlich Familien und Eltern, die es eben nicht ok finden, wenn sich Mann und Mann oder Frau und Frau lieben. Diese Haltung ist zu respektieren, und sie darf nicht durch den Staat unterwandert werden. Anders gesagt: Sexualerziehung ist grundsätzlich Sache der Eltern und nicht des Staates. Aber der Staat muss Kinder an der Schule über die Gefahr des sexuellen Missbrauchs orientieren, um Fälle sexuellen Missbrauchs zu verhindern oder aufzudecken. Die Schwyzer Politik ist dabei gefordert, und vor allem ist sie gehalten, nicht schon wieder Kompetenzen an andere abzutreten. Isabelle Schwander, Brunnen